WCL: Erste Lausitzer WasserCluster-Konferenz in Cottbus informierte breites Publikum

Cottbus. Den großen Herausforderungen bei der Bewältigung der mit dem Strukturwandel in der Lausitz einhergehenden wasserwirtschaftlichen Aufgaben Rechnung tragend, sind drei Fachministerien der Einladung des Wasser-Cluster-Lausitz e.V. zur Teilnahme an der Wasserkonferenz gefolgt. Die Veranstaltung wurde am 12. März 2021 an der Brandenburgischen Technischen Universität (BTU) als Hybridveranstaltung mit mehr als 450 Online-Teilnehmenden aus dem In- und Ausland sowie einem sehr begrenzten Personenkreis in Präsenz durchgeführt.

Die Präsidentin der BTU Cottbus-Senftenberg Universität **Prof. Gesine Grande** unterstreicht in ihrer Eröffnungsrede die Rolle der Universität als Plattform für den fachlichen Austausch und den Diskurs: „Die Weichen, die wir heute für eine verantwortungsvolle und nachhaltige Nutzung unserer überaus wichtigen Ressource Wasser stellen, haben unmittelbare Auswirkungen auf unsere Zukunft und die unserer Region. Über meine Funktion im Nachhaltigkeitsbeirat des Landes Brandenburg werde ich die Brisanz des Themas, die Ergebnisse der Konferenz und das Know-how der BTU hinsichtlich der wasserwirtschaftlich zu lösenden Aufgaben einbringen."

In ihrer Videobotschaft sagt die zuständige Senatorin für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz in Berlin **Regine Günther**: „Die jahrzehntelangen massiven Eingriffe in den Wasserhaushalt durch die Braunkohleförderung sowie der beschleunigte Klimawandel stellen die Hauptstadtregion zukünftig vor enorme Herausforderungen bei der sicheren Wasserversorgung. Wir benötigen ein kluges und vorausschauendes Wassermanagement unter Berücksichtigung der Gewässerökologie. Dabei gilt es jetzt gemeinsam einer möglichen Wasserknappheit entgegen zu steuern. Die Wasserkonferenz ist hier ein wichtiger Beitrag."

Auf die Rolle des Landes Brandenburg geht Umweltminister **Axel Vogel** ein: „Der Ausstieg aus der Braunkohle ist alleine schon aus Gründen des Klimaschutzes unvermeidlich und zwingend erforderlich. Die gravierenden Folgen des Kohleabbaus für den Wasserhaushalt werden uns noch lange begleiten und können nicht von einer Generation bewältigt werden. Für die dafür notwendigen Maßnahmen sind zuallererst die Bergbauunternehmen nach dem Verursacherprinzip in der Pflicht. Gleichzeitig arbeiten Brandenburg, Sachsen und Berlin länderübergreifend an Lösungen zur Stabilisierung des Wasserhaushalts.

Zur Absicherung aller ökologischen und wasserwirtschaftlichen Interessen, vor allem in niederschlagsarmen Zeiten, braucht es ein gemeinsames und zielgerichtetes Handeln auf allen Ebenen. Das gilt für das Einzugsgebiet von Spree und der Schwarzen Elster gleichermaßen. In Abstimmung mit Sachsen wird aktuell die Nutzung der Tagebaurestseen sowohl für den Wasserrückhalt in Hochwassersituationen als auch für die Niedrigwasseraufhöhung untersucht. Wir brauchen zur Bewältigung dieser Aufgaben, die dazu noch durch den fortschreitenden Klimawandel erschwert wird, zukunftsorientierte Anpassungsstrategien und weiterhin die gemeinsame Anstrengung von Unternehmen, Landnutzern, Politik, Wissenschaft und allen beteiligten Akteuren."

Wie ein roter Faden durchzieht es alle Vorträge: Die Bewältigung der wasserwirtschaftlichen Folgen des Braunkohlebergbaues in Verbindung mit den zeitgleich wirkenden Einflüssen des Klimawandels sind als Mehrgenerationsaufgaben zu sehen. Dafür gibt es weltweit keine Beispiele. Hier hat das Bundesunternehmen *Lausitzer*

und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH *(LMBV)* in den vergangenen 25 Jahren auf vorbildliche Weise gezeigt, wie trotz häufiger Trockenwetterperioden Bergbaufolgeseen aufgefüllt und zu erlebnisreichen Landschaften entwickelt werden können.

Dass auch in den niederschlagsarmen Jahren 2018 bis 2020 keiner der Spreeanrainer bis Berlin einen größeren Schaden genommen hat, liegt nach Ansicht von Sachsens Umweltminister **Wolfram Günther** am engen Schulterschluss zwischen Berlin, Brandenburg und Sachsen. Günther: „Mit unseren Speichern im Oberen Spreegebiet sorgt die sächsische Landestalsperrenverwaltung kontinuierlich für eine angemessene Wasserführung der Spree. Wir stimmen uns bereits seit vielen Jahren länderübergreifend ab, um das Wasser in den Einzugsgebieten von Spree und Schwarzer Elster zu bewirtschaften. Auf diese Zusammenarbeit werden wir bei der Bewältigung des Struktur- und Klimawandels aufbauen."

Dazu sei auch ein besserer Wasserrückhalt in der Fläche, im Siedlungsraum und im unbebauten Offenland notwendig. „Die Folgen des Braunkohleabbaus für den Wasserhaushalt in der Lausitz werden uns noch Jahrzehnte begleiten und viel Geld kosten. Selbstverständlich müssen die Kohleunternehmen ihre gesetzlichen Verpflichtungen erfüllen. Die darüber hinaus gehenden Langzeitkosten können die Länder nicht allein stemmen. Hier ist der Bund gefragt, denn die jahrzehntelange Kohlenutzung war ein Teil der nationalen Energieversorgung", so der Minister weiter.

Im Schlusswort der Wasserkonferenz betonte Sprembergs Bürgermeisterin und ehemaliges Mitglied der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung, die so genannte „Kohlekommission" **Christine Herntier**: „Ich fahre heute etwas beruhigter nach Hause und wünsche mir vor allem, dass neben künftigen regelmäßigen Wasserkonferenzen vor allem die noch bestehende Denkhindernisse an den Ländergrenzen zum Wohle der Lausitz aber auch der Hauptstadtmetropole noch schneller überwunden werden". *Quelle: WasserCluster Lausitz-Pressemeldung (c/o BTU) 12. März 2021, 15 Uhr*

LMBV
Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH

BERGBAU · SANIERUNG · ZUKUNFT

Zertifikat seit 2023
audit berufundfamilie

Top 2025 Company
kununu